

Vergessen in der tunesischen Wüste?

**Kämpfen wir gemeinsam für eine Lösung für die
Flüchtlinge aus dem Libyenkrieg!**

Von Conni Gunßer,
Flüchtlingsrat Hamburg

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

und Netzwerk Afrique-Europe-Interact

www.afrique-europe-interact.net



Voices from Choucha: Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!

"Wir wollen hier weg! Europa muss helfen!" Die Forderungen auf den Pappschildern der Flüchtlinge und MigrantInnen an der tunesisch-libyschen Grenze sind eindeutig – und zwingend: **5000 Menschen warten seit Wochen und Monaten unter unerträglichen Bedingungen in dem Lager des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) in Choucha.** Sie alle konnten dem eskalierenden Bürgerkrieg in Libyen entkommen. Viele waren dort als ArbeitsmigrantInnen beschäftigt, andere hatten Zuflucht vor den Kriegs- und Krisenzonen im subsaharischen Afrika gesucht. Überlebende von gekenterten Flüchtlingsbooten begegnen in Choucha denjenigen, die sich aus Verzweiflung und allen Gefahren zum Trotz wieder Richtung libyscher Grenze auf den Weg machen, um die **gefährliche Überfahrt nach Europa** zu wagen. Als vier Flüchtlinge aus Eritrea am 21.5. 2011 bei einem Feuer in der improvisierten Zeltstadt sterben, kam es zu spontanen **Protesten und Straßenblockaden.** Das tunesische Militär reagierte mit Tränengas, Anwohner überfielen das Lager. Mindestens zwei Flüchtlinge wurden erschlagen, viele trugen schwere Verletzungen davon.

Die Flüchtlinge in Choucha hofften und hoffen auf **Hilfe und Unterstützung durch den UNHCR**, der in den letzten Wochen u.a. die europäischen Staaten mehrfach um die Aufnahme von zumindest 6000 Flüchtlingen aus Libyen gebeten hatte. Vergeblich. Vielmehr wird die europäische Grenzschutzagentur **Frontex** verstärkt in Stellung gebracht und die neuen demokratischen Regierungen in Nordafrika werden mit Geldangeboten gelockt, damit sie auch in Zukunft die **Wachhunde vor Europas Grenzen** bleiben.

Die Situation in Choucha muss im Kontext der **Vorverlagerung des europäischen Grenzregimes** nach Nordafrika gesehen werden. In der Abwehr von Flüchtlingen und Migrantinnen haben die europäischen Staaten jahrelang schamlos mit den Despoten des Maghreb zusammengearbeitet, insbesondere mit Ben Ali in Tunesien und Gaddafi in Libyen. Nun wird zwar der demokratische Wandel begrüßt, aber all jenen die Hilfe verweigert, die in den tunesischen Flüchtlingslagern strandeten und für die es kein Zurück mehr gibt.





Die **Stimmen von Choucha** stehen für das verzweifelte Aufbegehren gegen eine Politik der flagranten **Menschenrechtsverletzungen**, wie sie sich tagtäglich an vielen Brennpunkten der europäischen Außengrenzen abspielen. Ein Bruch mit dieser Politik ist notwendig, um das Sterben auf See und in der Wüste zu beenden. **Die Demokratiebewegungen in Nordafrika bieten die Chance für einen Neuanfang.** Statt tödlicher Ausgrenzung und grotesker Bedrohungsszenarien muss Offenheit und Solidarität die Zukunft des mediterranen Raumes prägen. Es braucht Brücken statt Mauern für ein neues afrikanisch-europäisches Verhältnis, damit Europa ein Raum wirklicher Freiheit, allgemeiner Sicherheit und der gleichen Rechte für Alle wird.

Die **Aufnahme von Flüchtlingen aus Choucha in Europa** würde in diesem Sinne ein erstes, nicht nur symbolisches Zeichen setzen. Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen auf europäischer Ebene, in Bund, Länder und Gemeinden auf,

- -- **Soforthilfsmaßnahmen zur Flüchtlingsaufnahme** zu ergreifen und die Flüchtlinge aus Choucha und den anderen vorübergehenden Flüchtlingslagern in Europa aufzunehmen.
- -- **Humanitäre Unterstützung** jener Subsahara-MigrantInnen zu leisten, welche bereits aus Libyen bzw. Tunesien ausgeflogen wurden. Z.B. sind allein in Mali seit Beginn des Libyen-Kriegs über 10.000 Flüchtlinge angekommen.
- -- Die bisherige **Abschottungspolitik** an den Außengrenzen zugunsten einer humanen und freizügigen Asyl- und Einwanderungspolitik **aufzugeben**, die im Einklang mit den Rechten von Flüchtlingen und MigrantInnen steht.
- -- **Die demokratischen Aufbrüche in Nordafrika ernsthaft zu unterstützen** und sie als eine Chance zu einer veränderten Nachbarschaftspolitik zu begreifen.

Pro Asyl, Medico International, Borderline Europe, Afrique-Europe-Interact, Welcome to Europe am 31. Mai 2011

- Online unterschreiben bei www.medico.de/choucha-appell
- Oder mit weiteren Informationen bei http://www.afrique-europe-interact.net/?article_id=486&clang=0

Proteste in Choucha im Mai 2011







Die CampbewohnerInnen und ihre Schutzstati

(aus einem Bericht einer Besuchsgruppe von 2012)

Die MigrantInnencommunities werden von der entscheidenden Frage, wer vom UNHCR den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekommen hat und wer nicht, **in zwei Gruppen getrennt**.

Um heraus zu finden, wen das UNHCR unter Schutz stellt, wird ein Interview durchgeführt, welches „**Refugee Status Determination**“ (RSD) genannt wird. Auf dieses Interview mussten viele monatelang warten, die ersten **Interviews** fanden im Mai statt. Niemand wurde vorher beraten und es gab keine weiterführenden Informationen bezüglich des Interviews. Bei den Interviews gab es keine professionellen Übersetzung. Wer Englischkenntnisse hat, wird auf Englisch interviewt. Ansonsten helfen sich die MigrantInnen gegenseitig bei der Übersetzung. Eine Rückübersetzung gab es nicht. Die **Ablehnung** wird nicht weiter erläutert, nur eine Unterschrift wird verlangt. Uns wurde von vielen **Fehlern im Verfahren** berichtet, ein Beispiel, dass uns inklusive Beleg gezeigt wurde war die falsche Aufnahme der Geburtsstadt eines Flüchtlings. Der falsche Name wurde in den ihm mitgegebenen Papieren festgehalten.

Die anerkannten und die abgelehnten Flüchtlinge

Wer vom UNHCR den Flüchtlingsstatus zuerkannt bekommen hat, **wartet meist auf einen Resettlementplatz**. Dies sind vor allem Menschen aus Darfur, Eritrea (am Anfang 3000) und Somalia (am Anfang 2500).

Wer vom UNHCR abgelehnt wird, hat die Möglichkeit auf eine „**Verification**“ dieser Entscheidung. Darauf folgt dann entweder die Anerkennung als Flüchtling oder eine „**final rejection**“. Zugang zu Rechtsberatung oder AnwältInnen gibt es nicht. Den Menschen, die die „final rejection“ erhalten haben, gibt das UNHCR eine **zweiwöchige Frist, um das Camp zu verlassen**. Die Optionen, die das UNHCR den Menschen mit auf den Weg gibt, sind entweder zurück nach Libyen zu oder mit Hilfe von IOM in ihr Herkunftsland zu fliegen. Viele blieben jedoch im Camp, erhielten aber bald keine Verpflegung mehr, und später wurden sie in einen getrennten Teil des Camps ausgelagert ohne jegliche Versorgungsstruktur.

UNHCR fordert mehr Resettlement-Plätze

Aus einer UNHCR-Pressemeldung vom 17.1.12

UNHCR hat mittlerweile die Asylverfahren für alle **2.500 Asylsuchenden im Shousha-Flüchtlingscamp** abgeschlossen, davon wurden **2.200 als Flüchtlinge anerkannt**. Zusammen mit den zusätzlichen 800 Personen, die vor den Unruhen letztes Jahr in Libyen anerkannt wurden, **benötigen mehr als 3.000 Flüchtlinge Resettlement-Plätze**. Zusätzlich zu den Flüchtlingen in Tunesien sind an der Grenze zu Ägypten in Saloum noch 1.400 Flüchtlinge, die dringend auf Resettlement warten.

Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Finnland, Irland, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden und die Vereinigten Staaten haben bereits Resettlement-Plätze zugesagt; auch Deutschland, Neuseeland und Spanien haben vor kurzem die Aufnahme von Flüchtlingen durch Resettlement beschlossen. Trotzdem wird momentan nur ein Flüchtling von fünf vorgeschlagenen Personen in ein Resettlement-Programm aufgenommen und **insgesamt konnten bisher nur 731 Flüchtlinge tatsächlich in ihr Resettlement-Land abreisen**.

IMK-Beschluss Dez. 2011 zum Resettlement

"19. Neuansiedlung von Flüchtlingen (Resettlement);
Einführung eines permanenten Neuansiedlungsprogramms /
Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika

Beschluss:

Die IMK spricht sich im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes und unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Bundesrates zu Ziffer 3 der BR-Drs. 742/09 (Beschluss) für eine permanente Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Aufnahme und Neuansiedlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus Drittstaaten (**Resettlement**) aus. Die Implementierung des Resettlements soll in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und unter finanzieller Beteiligung der EU-Kommission erfolgen. Die Länder sollen dabei eine angemessene Erstattung ihrer Kosten erhalten.

In diesem Rahmen empfiehlt die IMK, **in den nächsten drei Jahren jährlich jeweils 300 Flüchtlinge aufzunehmen.**"

Verteilung von 300 Personen nach dem Königsteiner Schlüssel im Bundesgebiet

	Kö´Schlüssel %	Aufnahmezahl
> Baden-Württemberg	12,93143	38,79
> Bayern	15,22505	45,68
> Berlin	5,07477	15,22
> Brandenburg	3,07156	9,21
> Bremen	0,93354	2,80
> Hamburg	2,55023	7,65
> Hessen	7,30187	21,91
> Mecklenburg-Vorp:	2,06015	6,18
> Niedersachsen	9,40134	28,20
> Nordrhein-Westfalen	21,21997	63,66
> Rheinland-Pfalz	4,80847	14,43
> Saarland	1,22715	3,68
> Sachsen	5,14393	15,43
> Sachsen-Anhalt	2,90793	8,72
> Schleswig-Holstein	3,36391	10,09
> Thüringen	2,7787	8,34

Umsetzung des IMK-Beschlusses im Camp Choucha

aus dem Bericht von Anfang Februar 2012:

Mitte Januar 2012 war die deutsche Delegation im Camp. Sie möchten anscheinend **200 Flüchtlinge**. Sie wurden mit Militärgelent direkt in den Teil des Camps gelotst, wo die Eritreer und Somalis wohnen, jedoch nicht zu den Communities, die abgelehnt wurden. Danach konnten einige Community-Spokespersons mit den Delegierten sprechen. Der eritreische Spokesman hat gefordert, dass Deutschland mehr Menschen aufnimmt.

Für die Menschen, deren Schutzgesuch der UNHCR nicht akzeptiert hat, muss jedoch eine andere Lösung gefunden werden.

Als erstes sind wir der Meinung, dass die **Interviewpraxis des UNHCR** nicht nur unprofessionell ist, sondern auch der Gehalt der Interviews unter diesen Umständen wenig Wert hat. Die Forderung der Abgelehnten nach einer **Revision der Fälle** ist mehr als verständlich.

Wir haben auf einem Treffen in Tunis die Diskussion angestoßen, welche Lösungen für die Abgelehnten sonst in Frage kämen.

Flüchtlinge ohne Chancen auf Anerkennung und Resettlement versuchen es per Boot – wie Paul aus Ghana, der in Italien ankam





2011/05/27 12:20 AM

5th to 15th July 2012
between Sicily and Tunisia



BOATS & PEOPLE SET SAIL FOR FREEDOM OF MOVEMENT
STATIONS: PALERMO // LAMPEDUSA // TUNIS // MONASTIR // SFAX

www.boats4people.org

Boats4People:

Gegen Frontex und den Tod im Mittelmeer

„Boats4people: Schiffe der Solidarität - das Sterben in Mittelmeer stoppen“ – so lautet der deutsche Titel einer transnationalen Initiative, mit der Gruppen aus Europa und Nordafrika die dramatische Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen zwischen Libyen/Tunesien und Malta/Italien verstärkt zum öffentlichen Thema machen wollen. **Im Juli 2012 sollen Boote von Italien nach Tunesien aufbrechen**, um ein **Monitoring** zwischen der libysch-tunesischen Küste und den Inseln Lampedusa und Malta einzuleiten, **Öffentlichkeit** über die Vorgänge auf dem Meer herzustellen und alles zu tun, um eine **Rettung** Betroffener im Notfall sicherzustellen.

Wer genauere und aktuelle Informationen erhalten oder auf lokaler, bundesweiter oder auch internationaler Ebene mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei der folgenden Adresse:

choucha-appell@antira.info

Mehr Informationen in verschiedenen Sprachen auf:

www.boats4people.org

Juli 2012: Besuch einer internationalen Delegation in Choucha



Forum in Monastir zur Vorbereitung des Weltsozialforums



Delegation aus Choucha in Monastir



Workshop zu Choucha auf dem Forum in Monastir



Jan. 2013: Abgelehnte Flüchtlinge protestieren für eine Lösung

- Neben knapp 1000 Flüchtlingen, die als vom UNHCR Anerkannte immer noch auf Resettlementplätze warten, befinden sich **Anfang 2013 in Choucha noch ca. 230 vom UNHCR abgelehnte Flüchtlinge** ohne jede Perspektive in Choucha. Um sie zu einer „freiwilligen“ Ausreise in ihre Herkunftsländer zu zwingen, **hat der UNHCR seit November 2012 deren Lebensmittelrationen gestrichen und verweigert die weitere gesundheitliche Versorgung.**
- Mit Briefen und Delegationen zu den Verantwortlichen in Tunis haben die Betroffenen Proteste organisiert, in denen sie die Wiederaufnahme ihrer Verfahren und ihrer Grundversorgung fordern. Doch bislang hat sich beim UNHCR nichts bewegt.
- Deshalb haben sich **91 der Betroffenen** auf den Weg ins 500 km entfernte **Tunis** gemacht, um dort mit **Kundgebungen, Demonstrationen und eventuell einem Protestcamp** auf ihre unhaltbare und skandalöse Situation aufmerksam zu machen. Ein Protestbrief wurde an die (deutsche) UNHCR-Vertreterin in Tunesien, Ursula Schulze Aboubacar, verschickt und es wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet.
- Aktuelle Infos zu den Protesten auf dem Blog:
- <http://chouchaprotest.noblogs.org/>

Protest abgelehnter Flüchtlinge im Januar 2013 vor dem UNHCR-Büro in Tunis





REINSTALLATION DANS DES PAYS
SURS AVEC TOUS LES SYSTEMES
DE PROTECTION
NOUS RECLAMONS
NOS DROITS

RESETTLEMENT IN SAFE
COUNTRIES COUNTING
WITH EFFECTIVE
SYSTEM OF
PROTECTION

NOUS VOULONS
INTERNATIONALE
NESCAPES DE
LIBYENNE DE
NOUS LES REFUGES DE
AVONS BESOIN D'AIRES
PERSONNE NEST ILLICIT

اللجوء



- **Presseerklärung des Tunesischen Forums für ökonomische und soziale Rechte (Auszug):**
- Heute befinden sich im Lager Choucha noch etwa 200 Menschen, denen der Flüchtlingsstatus verweigert wurde und die jetzt dort keine Nahrungsmittel und andere Grundversorgung mehr erhalten. Sie sind ohne juristischen Status in Tunesien und ohne Möglichkeit, in ihre Herkunftsländer zurück zu kehren, da sie dort Verfolgung befürchten. In diese aussichtslose Situation getrieben, haben sie sich entschieden, nach Tunis zu fahren und ihre Forderungen vor die Europäische Union, das UNO-Flüchtlingskommissariat und die tunesischen Behörden zu tragen ebenso wie vor Institutionen anderer Staaten, die ihnen Schutz gewähren könnten. Ihre Forderungen sind :
- **Gewährung von internationalem Schutz für alle, die vor dem Krieg in Libyen geflohen sind**
- **Aufnahme (Resettlement) für alle Flüchtlinge aus dem Lager Choucha in sicheren Ländern, die ein funktionierendes Asylsystem haben**

6 Nächte im Januar 2013 vor dem UNHCR-Büro in Tunis



Protesterklärung der 230 abgelehnten Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr von Tunis ins Lager Choucha

- Nach sechs Tagen Protest und Verhandlungen stehen unsere Forderungen immer noch im Raum. Wir haben sie nicht zurück genommen noch haben wir unseren Kampf aufgegeben oder kapituliert. **Wir sind keine „MigrantInnen“ unter tunesischem Recht, sondern Asylsuchende unter der Zuständigkeit des UNHCR und wir fordern Flüchtlingsschutz von den dafür Verantwortlichen (UNHCR),** die Wiederaufnahme der üblichen Versorgung für uns wie für alle anderen und ein generelles Resettlement für alle in einem sicheren Land mit einem funktionierenden Schutzsystem.
- **Am Freitag, den 1.2.2013 haben wir unsere Protestkundgebung zum Gebäude der Delegation der Europäischen Union in Tunis ausgeweitet.**
- Dort luden uns drei Vertreter der Delegation zu dem Treffen ein. (...) Als Schlussfolgerung sagten sie, dass die erste Maßnahme, die sie erbitten wollen, ein Treffen der Delegation mit dem UNHCR zur Überprüfung der Fälle sei, außerdem Gespräche mit Vertretern des tunesischen Staats und der Regierung. (...) Wir machen weiter mit unserem Kampf, bis unsere Forderungen erfüllt sind!
- **<http://voiceofchoucha.wordpress.com/2013/02/02/protest-declaration/>**

Choucha März 2013



Flyer für das Weltsozialforum im März 2013 in Tunis:

Forgotten in the Tunisian Desert?

Show your solidarity with the refugees from the Libyan war in Choucha camp!

- **Two years ago, on 19th March 2011, a coalition, led by France, Great Britain and the USA, started bombing Libya, and on 31st March, NATO officially declared war against the Gaddafi regime.** Hundreds of thousands of people had to flee Libya, among them were many migrant workers and refugees from Sub-Saharan Africa (...). Tunisia left her borders open and accepted about half a million refugees. Most of them were accommodated in private houses, however a few thousands were placed in Choucha camp. (...) By now, most of these refugees have left Tunisia. The majority returned to their countries of origin, not all of them really voluntarily. Some of them returned to Libya, where the rights of migrants are still violated every day. Others tried to reach Europe by boat, risking their lives. About 2600 people were accepted by some European countries, the US, or Australia thanks to a so-called “resettlement programme”. (...) **More than 1300 people from 13 different countries, predominately from Sudan, Somalia, Eritrea, Ethiopia, Chad and Nigeria, still languish in the Choucha camp, which the UNHCR wants to close in June 2013 at the latest.** ->

- **About 400 people have been recognized as refugees, but did not get access to the resettlement program**, because they arrived after December 2011, when the procedures were terminated. The UNHCR wants to integrate these refugees locally in Tunisia using funds which were donated by the German government rather than allowing them to go to Europe – a perfect example of the EU carrying out its policy of externalizing refugee management! At the end of February, these refugees launched a protest at the UNHCR office in Zarzis, demanding resettlement to a country with an asylum system. They do not feel safe in Tunisia and were not awarded a legal status, because Tunisia does not yet have laws concerning asylum.
- **More than 200 people, who have been denied the status of refugees, are now deprived of food and basic services in Choucha camp and separated from people recognized as refugees.** The UNHCR declared itself not to be responsible for these people and puts pressure on them to leave the camp and go back to their countries of origin or to Libya, where they are threatened by persecution. Pushed to the limit, they choose to go to Tunis at the end of January to carry their demands to the UNCHR, the European Union and the Tunisian authorities as well as any country that may provide protection. After one week of protests and negotiations, their demands remain:
->

- **To reopen the asylum cases of all rejected asylum seekers**
- To grant international protection to all those who have fled the war in Libya
- And together with those refugees protesting in Zarzis, they demand:
- **To resettle all the refugees from Choucha camp and other places in Tunisia in safe countries with effective systems of protection**
- We, groups and networks from Europe and several African countries, support these demands. We wrote a letter to the UNHCR, organised a fax campaign and some actions at UNHCR offices in Europe.
- **We encourage all participants of the World Social Forum to support these demands, to join the Choucha refugees' struggle and think about actions to show their solidarity in their respective countries!**
- We call on the UNHCR and the European governments, especially those who intervened in the war in Libya, to assume their responsibilities and to provide protection and a live in dignity for all these refugees in Europe instead of externalising refugee management to poor and unstable countries like Tunisia!

Choucha-Zelte auf dem WSF-Gelände



Choucha-Flüchtlinge protestieren vor dem WSF...







... und beginnen ein Sit-in mit Hungerstreik
vor dem UNHCR-Büro



ONT PAS LA CAPACITE' DE
INSTALLER 262 REFUGIES?
Choucha Comp





المقو
تتخل
في م

إمتهان جوع
من
29 في 2015
إحسان

Wir sind im Hungerstreik
Seit 27.5.2015 bis unsere
Probleme gelöst
sind

تحتضر جدران القلعة
سكون كالميتة اسبابه
جديدة في جدرانها

UNHCR
HTW
STANHCRU

WE FORCED
TO BE INEC-
RATED IN
TUNISI

WE ARE REFUGEES
WE HAVE REFUGEE
STATUS
WE NEED EQUALITY

WE
DAY OF
AREA

EU SHOULD BE
SUPPORTING TO
P REFUGEE

لا العرق
الاجئين

September 2013: Das Sit-in vor dem UNHCR-Büro dauert an



Gemeinsamer Delegationsbesuch im UNHCR-Büro ...



... und Protest bei der EU-Delegation



Dezember 2013: Brief- und Faxaktion von AEI und Landesflüchtlingsräten in Deutschland

An die Innenminister der deutschen Bundesländer und den Bundesinnenminister:

Fluchtwege öffnen – Tote verhindern!

Eine Lösung für die verbliebenen Flüchtlinge im Lager Choucha / Tunesien!

Appell im Hinblick auf die am 4./5.12.2013 in Osnabrück stattfindende Innenministerkonferenz

(...)

- Die verbliebenen Flüchtlinge in Choucha und vor dem UNHCR-Büro in Tunis sind dem UNHCR und den Behörden namentlich bekannt. Ihre Verzweiflung wächst mit dem nahenden Winter. UNHCR und europäische Regierungen machen sich mitschuldig am Tod dieser Menschen, wenn ihnen keine menschenwürdige Lösung angeboten wird und sie keinen anderen Ausweg sehen als ihr Leben bei einer Bootsüberfahrt nach Europa zu riskieren.
- **Wir fordern deshalb von den Innenministern der deutschen Bundesländer:**
- Die verbliebenen Flüchtlinge aus dem Lager Choucha sofort im Rahmen des von der IMK beschlossenen Resettlement-Programms in Deutschland aufzunehmen;
- Angesichts der dramatischen Lage in Nordafrika und in anderen Herkunfts- und Transitländern von Flüchtlingen sowie der Tausenden von Toten auf dem Mittelmeer die Zahl der Aufnahmeplätze in Deutschland entscheidend zu erhöhen;
- Sich auf Bundes- und EU-Ebene für einen sicheren Zugang nach Europa, z.B. auch über Anträge bei den deutschen Botschaften im Ausland, auf dem Meer und an den Grenzen, einzusetzen.

Pressekonferenz mit aus Choucha resettelten Flüchtlingen



5.12.2013 Pressekonferenz in Osnabrück: „Lokale Integration“ in Tunesien ist unmöglich!

- Auf der Pressekonferenz berichtete Abdel B. über die lokale Integration in Tunesien. Diese sei nicht möglich, weil weder die tunesische Regierung noch die tunesische Gesellschaft auf die Aufnahme von Flüchtlingen vorbereitet seien. Tunesien hat zwar die **von Deutschland zur Verfügung gestellten 600.000 Euro für die lokale Integration der in Choucha zurückgebliebenen Flüchtlinge** akzeptiert, doch dies sei einzige deshalb passiert, weil Tunesien von der Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland abhängig sei. Entsprechend gibt es bis heute keinerlei praktische Integrationsangebote für die Leute aus Choucha: Es ist unmöglich, einen Arbeitsplatz zu finden und mit den in mehreren Schritten ausgezahlten 500 Euro Startgeld sei ein Überleben in Tunesien schlicht nicht möglich. Abdel B. berichtete zudem über zahlreiche Diskriminierungen im Alltag – inklusive unberechenbarer und von der Polizei kaum verfolgter körperlicher Gewalt.

Demonstration durch Osnabrück

Foto: visual.rebellion



Aus der IMK-Presseerklärung:

- **Fortführung des Resettlement-Programms**

Die IMK hat sich für die unbefristete Fortführung der Beteiligung Deutschlands am Neuansiedlungsprogramm der EU (Resettlement) über das Jahr 2014 hinaus ausgesprochen. Gleichzeitig soll die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge erhöht werden. Bereits 2011 hatte die IMK die Grundlage dafür geschaffen, in den Jahren 2012 bis 2014 jährlich 300 Flüchtlinge, die sich in Drittstaaten aufhalten, dort aber nicht dauerhaft bleiben konnten, über das Resettlement-Programm aufzunehmen. Insgesamt sind bislang 406 Flüchtlinge von Deutschland aufgenommen worden, weitere bis zu 200 Personen irakischer, iranischer oder syrischer Staatsangehörigkeit werden noch bis Jahresende aus der Türkei aufgenommen.

- Das heißt: **Choucha-Flüchtlinge sollen nicht mehr aufgenommen werden** – und das wurde wohl schon im März beschlossen:

Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Diether Dehm
vom 15. März 2013
(Monat März 2013, Arbeits-Nr. 3/139)

Frage

Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zu dem Bericht der UN-Nachrichtenagentur IRIN vom 16. Januar 2013 (<http://tinyurl.com/codd71d>) mitteilen, wonach seitens der Bundesregierung entgegen früherer Zusagen nun doch keine Flüchtlinge mehr aus dem tunesischen Flüchtlingslager Choucha in Deutschland aufgenommen werden sollen und stattdessen die tunesische Regierung mit einer Zahlung von 600.000 Euro begünstigt werden soll (bitte auch das oder die Ministerien benennen, deren Etat(s) die Zahlung(en) erbringen wird), und mit welchen weiteren Geldern, Maßnahmen, Kapazitäten oder politischen Initiativen ist die Bundesregierung in die tunesische Migrations- und Asylpolitik eingebunden (bitte auch für Grenzsicherung angeben)?

Antwort

Über die Resettlement-Aufnahme 2012 hinaus Flüchtlinge aus Shousha aufzunehmen, war seitens der Bundesregierung zu keiner Zeit vorgesehen.

Deutschland unterstützt Tunesien seit 2012 im Rahmen der Transformationspartnerschaft mit bilateralen Projekten in den Bereichen Polizei, Grenzschutz und Katastrophenschutz. Die Bundespolizei hat mit der tunesischen Seite die Durchführung von zwei Pilotprojekten „Ausbildung im Bereich der grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung an TUN Flughäfen“ sowie „Ausbildung im Bereich der Maritimen Sicherheit“ vereinbart. Für die Umsetzung der Projekte der Bundespolizei wurden durch das Auswärtige Amt Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 € zur Verfügung gestellt.

Januar 2014: Delegationsreise nach Südtunesien

- Vom 18.-26.1.14 waren wir mit einer fünfköpfigen Delegation in Tunesien. Wir fuhren nach **Tunis, in die drei Städte Ben Guerdane, Medenine und Zarzis im Süden Tunesiens sowie in das seit Juni 2013 offiziell geschlossene, aber immer noch existierende Lager Choucha** an der tunesisch-libyschen Grenze. Unsere Delegation bestand aus Vertreterinnen der Stiftung :do, des Netzwerks Afrique-Europe-Interact und des Flüchtlingsrats Hamburg aus Deutschland, einem Mitglied der Gruppe article 13 aus Tunesien und einem anerkannten sudanesischen Flüchtling aus Choucha, dem Sprecher der Gruppe, die seit März mit der Forderung nach Aufnahme in einem sicheren Land ein Sit-in vor dem UNHCR-Büro in Tunis durchführt.



- **Ziel unserer Delegation war es vor allem, uns über das „Lokale Integrationsprogramm“ zu informieren**, das vom UNHCR in Kooperation mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen nach der Schließung von Choucha im Juni 2013 als Alternative zum Resettlement entwickelt wurde. Vorgeschichte und Motivation unserer Reise waren unsere bisher vergeblichen Bemühungen, weitere Aufnahmen von Flüchtlingen aus Choucha im Rahmen des von der Innenministerkonferenz im Dezember 2011 beschlossenen und im Dezember 2013 verlängerten und erweiterten deutschen Resettlement-Programms zu erreichen. Uns wurde aus Kreisen der Innenministerien als ein wesentliches Argument entgegengehalten, **dass nach Aussage des UNHCR kein Bedarf für weitere Aufnahmen von Choucha-Flüchtlingen bestünde**, da es für diese ein gut funktionierendes lokales Integrationsprogramm gebe (das im Übrigen mit 600.000 Euro aus Deutschland mitfinanziert wird) und dass die Sicherheitslage in Tunesien inzwischen auch für Flüchtlinge kein Problem mehr darstelle. Dem Realitätsgehalt dieser Argumente wollten wir auf unserer Reise nachgehen.

In Ben Guerdane bei Amina und ihren Kindern



Somalische Flüchtlinge berichten von rassistischen Angriffen mangelnden Sprachkursen und hohen Mieten



Medenine: Anzeige bei der „Garde Nationale“ wegen Angriff auf die Wohnung von zwei Flüchtlingen



In Zarzis beim UNHCR-Büro



Choucha-Camp im desolaten Zustand





... aber immer noch von 2-300 Menschen „bewohnt“...



... darunter Alten und Kranken ...



... und vielen Frauen und Kindern



EU und Tunesien vereinbaren Mobilitätspartnerschaft

- *Brüssel, den 3. März 2014*

Tunesien und die Europäische Union haben heute förmlich eine Mobilitätspartnerschaft vereinbart. Eine entsprechende gemeinsame Erklärung wurde heute von Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Inneres, Tahar Cherif, Botschafter Tunesiens in Belgien und bei der Europäischen Union, sowie Ministern der zehn an dieser Partnerschaft beteiligten EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Schweden und Vereinigtes Königreich) unterzeichnet. (...)

- „Ziel dieser Mobilitätspartnerschaft ist es, den Personenverkehr zwischen der EU und Tunesien zu erleichtern und zur gemeinsamen, verantwortungsvollen Steuerung der vorhandenen Migrationsströme, insbesondere durch Vereinfachung der Verfahren zur Visa-Vergabe, beizutragen“. (Malmström)



Die EU und Tunesien haben sich verpflichtet, zur **besseren Integration** der tunesischen Bürger in der EU und der Migranten in Tunesien beizutragen, die sich in den jeweiligen Hoheitsgebieten **rechtmäßig aufhalten**. (...)

Was die **illegale Migration** betrifft, so haben sich die EU und Tunesien darauf geeinigt, Verhandlungen über ein Abkommen zur Rückübernahme dieser Migrantengruppe aufzunehmen, und sich außerdem verpflichtet, bei der **Bekämpfung des Menschenhandels und der Schleuserkriminalität** sowie der Verbesserung der Sicherheitsmerkmale von Identitäts- und Reisedokumenten und bei der **Überwachung der Grenzen** enger zusammenzuarbeiten. (...)

Ferner werden Tunesien und die EU gemeinsam daran arbeiten, die **Kapazitäten der tunesischen Behörden auf- und auszubauen, die die Aufgabe haben werden, unter den Migranten in Tunesien diejenigen zu ermitteln, die Anspruch auf internationalen Schutz haben**, ihren Asylantrag unter Anwendung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung zu bearbeiten und ihnen dauerhafte Möglichkeiten für den Schutz anzubieten. (...)

21.2.14: Aus dem Antwortbrief auf unsern Bericht



UNHCR beobachtet die Entwicklungen vor Ort weiterhin sehr aufmerksam und hält sich grundsätzlich alle Möglichkeiten einschließlich Resettlement auf Basis einer umfassenden Einzelfallprüfung offen. Gleichwohl wird UNHCR prinzipiell an seiner Strategie der lokalen Eingliederung der Flüchtlinge festhalten und in diesem Zusammenhang weiterhin an die Kooperationsbereitschaft der tunesischen Behörden und der Zivilgesellschaft als auch an den Eingliederungswillen der Betroffenen appellieren.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Diskrepanz zwischen dem weltweiten Bedarf und dem derzeitigen Angebot an verfügbaren Resettlementplätzen und unter Berücksichtigung von Flüchtlingssituationen in anderen Teilen der Welt, in denen Resettlement für eine Vielzahl betroffener Flüchtlinge alternativlos ist, plant UNHCR nach gegenwärtigem Stand insbesondere keinen neuerlichen Appell an die internationale Staatengemeinschaft, sämtliche in Tunesien verbliebenen Flüchtlinge im Wege von Resettlement neu anzusiedeln. Nach derzeitigen Informationen hat auch die Bundesregierung zumindest für das Jahr 2014 im Bereich Resettlement andere Prioritäten gesetzt und plant gegenwärtig nicht, weitere Flüchtlinge aus Tunesien in Deutschland aufzunehmen.

Bleibt den Flüchtlingen
nur die Überfahrt per Boot????



Gegen die mörderische Abschottung: www.watchthemed.net



- Dieser mörderischen Abschottungspolitik will „**Watch the Med**“ (zu Deutsch etwa: ‚**Beobachte das Mittelmeer**‘ (Mediterranean) ein **alternatives Alarmsystem** entgegen setzen, um die **Rettung von Boatpeople in Seenot zu erzwingen**. Das interaktive **Monitoring- und Kartenprojekt**, wurde im Juni 2011 am Londoner Goldsmith-College als Untersuchung in Form einer “forensischen Ozeanographie“ begonnen. Im Fall eines „Left-to-die-Bootes“, das die europäischen Grenzschrützer sich selbst überlassen hatten, wurden mittels Karten- und Satellitentechnologie die Umstände des Todes von 63 Boatpeople rekonstruiert. Die so gewonnenen Erkenntnisse waren Grundlage für ein laufendes Strafverfahren gegen die Verantwortlichen.
- Doch „Watch the Med“ will nicht bloß die in den vergangenen Jahren üblich gewordene **Straflosigkeit** bei bewussten Menschenrechtsverletzungen auf See angreifen. **Das Projekt zielt auf Echtzeitinterventionen, sobald Boatpeople in Seenot geraten**. Das setzt nicht nur ein funktionierendes Notrufsystem und eine entsprechende Ausrüstung der betroffenen MigrantInnen voraus. Grundlage ist vor allem **ein handlungsfähiges zivilgesellschaftliches Netzwerk** auf beiden Seiten des Mittelmeeres, das den notwendigen politischen Druck erzeugt.